

VORSCHLÄGE DES VORSTANDES ZUR TÄTIGKEIT AN DIE MITGLIEDERVERSAMMLUNG vom 20.4.2024

➤ **Fortführung des bisher erfolgreichen Projekts „Bündnis der Parteien für Mehr Demokratie“.**

Das Bündnis ist gegenüber den Wählern die Verpflichtung eingegangen, mit der absoluten Mehrheit im Landtag die gesetzlichen Bedingungen zu schaffen für gut und wirksam anwendbare direktdemokratische Instrumente.

Der Vorstand der *Initiative* schlägt der Mitgliederversammlung vor, das bisher erfolgreiche Projekt "Bündnis der Parteien für Mehr Demokratie" aufmerksam und intensiv weiter zu verfolgen. Sieben Parteien des Bündnisses haben bei den Wahlen 2023 zusammen die absolute Mehrheit im Landtag errungen. Sie ist nötig, um die zwei Gesetzentwürfe der Volksbegehren von 2022 im Landtag zu verabschieden. Der Verpflichtung der Einbringung der Gesetzentwürfe sind bisher sechs Parteien nachgekommen. Mit FdI sind wir diesbezüglich noch im Gespräch, weil die Fraktionsvorsitzende an der Bündnisbildung nicht beteiligt war. Es werden die Arbeiten im Gesetzgebungsausschuss zu begleiten sein und deren Mitglieder zu beraten (Beginn voraussichtlich Mitte Mai). Unter Umständen sind auch weitere Abänderungsvorschläge unsererseits und von Mitgliedern des Ausschusses zu behandeln. Diese Phase wird bis zur abschließenden Abstimmung im Plenum mit möglichst intensiver Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten sein.

➤ **Weiterbildungsprojekt „Ein Gutes Leben für Alle“**

Mit dem vom zuständigen Landesamt (als Nachfolgeprojekt zum vorjährigen) genehmigten Projekt soll dieser Anspruch als übergeordnete politische Zielvorgabe in der Öffentlichkeit präsent gemacht werden. Dieser Gedanke und Anspruch verbindet unsere Bestrebungen für eine vervollständigte Demokratie mit den Zielen, die nur mit ihr für den Fortbestand der menschlichen Zivilisation unabdingbar verfolgt werden können.

Der Vorstand schlägt vor, dass die MGV vom 20.4.2024 die Durchführung des Weiterbildungsprojekt „Ein Gutes Leben für Alle“ beschließt. Für das Projekt ist am 31.1.2024 beim Amt für Weiterbildung in Zusammenarbeit von *Initiative* und Climate Action ein Förderungsgesuch eingereicht und mittlerweile von der amtsinternen Kommission gutgeheißen worden. Ausständig ist noch der entsprechende Beschluss der Landesregierung.

Ziel des Projekts ist es, einen anderen Rahmen deutlich zu machen für die demokratische Suche nach Antworten auf die Frage, wie wir leben wollen, einen Rahmen, der nur radikaldemokratisch, also mit der Beteiligung von allen, möglich und relevant wird. Dazu müssen neue Begriffe und Erzählungen, andere Werte und Wichtigkeiten in die öffentliche Wahrnehmung gelangen. Mit dem Projekt soll auch versucht werden, eine Vorstellung zu entwickeln von dem, was wir mit einer vervollständigten Demokratie wirklich verfolgen wollen. Es richtet sich – digital - an breite Bevölkerungsschichten ebenso wie an Menschen, denen es wichtig ist, zusammen konkrete Vorstellungen zu entwickeln von einem für alle zu wünschenden Leben.

Für das Projekt ist ein Kostenaufwand von 25.850 € veranschlagt, der mit einem Förderbeitrag von 19.700.- € bewältigt werden kann.

➤ **Unterstützung von Initiativen zur Durchführung von selbstorganisierten Volksabstimmungen**

Ausgehend von den Erfahrungen, dass institutionelle Volksbefragungen auf Gemeindeebene (ebenso wie auf Landesebene), kaum mehr zustande kommen, ist an die Durchführung von **selbstverwalteten/-organisierten Volksbefragungen zu denken**.

- Sie unterliegen keinen einschränkenden Bedingungen (z.B. Ausschlussfristen, Quoren). Um einen hohen Grad an Glaubwürdigkeit und gesicherten Ergebnissen zu erreichen sind sie aber möglichst nahe an den Regeln für institutionelle Volksbefragungen durchzuführen. Das schlägt sich auch in der Beteiligung nieder. Und freilich sind sie umso wirksamer, je höher die Beteiligung ist
- Medial werden sie kaum weniger wichtig wahrgenommen als institutionelle;
- Im Vergleich zu anderen Möglichkeiten der Verhinderung schädlicher Projekte ist ihre Wirksamkeit in der Sache groß;
- Ihre Wirksamkeit wird im Vorfeld zu den Gemeinderatswahlen (Mai 2025) verstärkt.
- Sie sind aufwändiger als andere Aktionen, sie sind aber auch wirksamer;
- Die finanzielle Durchführbarkeit ist möglich in Form der Selbstfinanzierung durch die Abstimmenden;
- Sie sind eine wohltuende Selbstermächtigung der Bevölkerung.

Diese Einschätzungen legen die Erfahrung mit der selbstverwalteten Volksbefragung zur Verkehrszukunft in elf Pustertaler Talgemeinden 2005 nahe, für die die Initiatoren mit dem CIPRA-Preis ausgezeichnet worden sind.

Die Wirksamkeit solcher selbstverwalteten Volksbefragung reicht, vor allem dann, wenn mehrere gleichzeitig oder hintereinander erfolgen, über den konkreten Anlass hinaus. Sie stärken die Demokratie, indem sie die Bevölkerung ermutigen, ihrem Willen aus eigener Kraft Geltung zu verschaffen und sich durch Verhinderung regulärer Volksabstimmungen nicht entmutigen zu lassen. Zudem wird mit ihnen öffentlich deutlich gemacht, dass die rechtlich festgeschriebenen Mitbestimmungsrechte nur auf dem Papier stehen und wird nachdrücklich gefordert, sie anwendbar zu machen.

11. April 2024